

## **Beschlußempfehlung und Bericht** **des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)**

**zu dem von der Bundesregierung eingebrachten**

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 9. Dezember 1980 zwischen  
der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über  
die gemeinsame Information und Beratung der Schifffahrt in der Emsmündung  
durch Landradar- und Revierfunkanlagen**  
**— Drucksache 9/1632 —**

### **A. Problem**

Der Schiffsverkehr in der Emsmündung soll durch eine Landradar- und Revierfunkanlage sicherer gemacht werden.

### **B. Lösung**

Der Vertrag mit den Niederlanden sieht die Errichtung von vier Radarstationen und einer Radarzentrale im Gebiet der Emsmündung vor.

**Einmütige Billigung im Ausschuß**

### **C. Alternativen**

entfallen.

### **D. Kosten**

Zusätzliche Kosten durch den Vertrag entstehen nicht. Bau und Betrieb der Anlagen sind in jedem Falle aus Gründen der Verkehrssicherheit erforderlich. Wegen der Kostenbeteiligung der Niederlande ergeben sich finanzielle Vorteile für den Bund.

**Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Gesetzentwurf — Drucksache 9/1632 — unverändert anzunehmen.

Bonn, den 23. Juni 1982

**Der Ausschuß für Verkehr****Lemmrich****Merker**

Vorsitzender

Berichtersteller

**Bericht des Abgeordneten Merker**

Die oben angegebene Vorlage wurde dem Ausschuß für Verkehr in der 103. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Mai 1982 zur Beratung überwiesen. Der Ausschuß hat den Gesetzentwurf in der Sitzung am 23. Juni 1982 behandelt.

Der Schiffsverkehr in der Emsmündung soll durch die Errichtung von vier Landradaranlagen mit einer Radarzentrale sicherer gemacht werden. Es ist vorgesehen, eine der Radaranlagen auf niederländischem Territorium und die übrigen drei Anlagen mit der Zentrale auf deutschem Territorium einzurichten. Den Beobachtern vor den Bildschirmen wird es auf diese Weise ermöglicht, bei jeder Tages- und Nachtzeit und bei jeder Witterungslage den Stand-

ort von Schiffen in der Emsmündung zu ermitteln und die Schiffsführer über UKW-Revierfunk entsprechend zu beraten und den Verkehr zu lenken. Der zur Ratifizierung anstehende Vertrag sieht vor, daß jede Vertragspartei die Kosten für die Errichtung und den Betrieb der Anlagen auf dem eigenen Territorium selbst trägt. Die durch die Informationsaufgabe in der Radarzentrale entstehenden Personalkosten fallen zu zwei Dritteln der deutschen Seite und zu einem Drittel der niederländischen Seite zur Last.

Gegen das Projekt sind von keiner Seite Bedenken erhoben worden. Der Verkehrsausschuß schlägt daher einmütig die Zustimmung zu der Vorlage vor.

Bonn, den 23. Juni 1982

**Merker**

Berichtersteller